

April 2008 - März 2009



erlanger linke

Die linke Rathauszeitung

Ein Jahr *erlanger linke* im Stadtrat

Auf Anhieb in den Stadtrat

Bei der Kommunalwahl am 17. März erhielt die *erlanger linke* 4,2 Prozent der Wählerstimmen und damit zwei Mandate im Stadtrat. Das ist ein hervorragendes Ergebnis für einen neu angetretenen kommunalen Wahlverein, der erst die nötigen Unterschriften sammeln musste. Dafür bedanken wir uns bei allen MitstreiterInnen, Erlangern und Erlangerinnen, die uns gewählt haben und versprechen: Wir werden Euch nicht enttäuschen!

Ihre Stadträte Frank Heinze und Eckart Wangerin
erlanger-linke@stadt.erlangen.de

Ein Jahr erlanger linke im Stadtrat – ein Jahresrückblick

Schon die erste Stadtratssitzung beginnt mit einem kleinen Eklat. Es geht um die Antrittsrede, die sich unsere beiden Stadträte Eckart Wangerin und Frank Heinze teilen wollen, was angeblich nicht zulässig ist. Die beiden Stadträte sorgen so schon an ihrem ersten „Arbeitstag“ für frischen Wind in diesem verkrusteten Gremium.

Hilfe für befürtigte Kinder (Schulausschuss, Juni 2008)

Die linken Stadträte hatten einen Antrag gestellt, damit arme Kinder künftig ein kostenloses Mittagessen erhalten.

Vor dem Hintergrund des Armutsberichtes der Bundesregierung und Berichten der Sozialverbände ist das ein brandaktuelles Thema. Die Kommunen müssen nun den Sozialkalkuschlag der rot-grün-schwarzen Bundesregierungen ausbaden und versuchen, die gesellschaftlichen Folgen der Umverteilung von unten nach oben wenigstens zu mildern. Der Antrag wurde im Ausschuss abgeschmettert. Gleichzeitig wurde eine Mittagsversorgung beschlossen, allerdings zunächst nur für die Eichendorffschule. Aber immerhin: auch bei der Christsozialen Partei zeigt sich Einsicht in die Notwendigkeit dieser Maßnahme. Ein kostenloses Mittagessen für alle 1050 bedürftigen Kinder in Erlangen würde 1,5 Mio. Euro kosten. Das hört sich freilich nach viel Geld an. Allerdings ist in Erlangen seit 1985 nur eine Gewerbesteuer mit einem Hebesatz von 410 Punkten zu zahlen. Würde man sie um nur 10 Punkte erhöhen dann wäre dieses



Problem buchstäblich „gegessen“. Das ergäbe eine Mehreinnahme von 1,2 Mio Euro. (Zum Vergleich: In Nürnberg beträgt der Gewerbesteuersatz 447 Punkte, in Fürth 425 Punkte). Und Freibeträge für Kleinbetriebe gibt es obendrein. Deshalb bleiben wir dran und kämpfen für eine Ausweitung auf alle Erlanger Schulen!

Die Übernahme der Essenskosten kann aber nur eine von vielen Maßnahmen sein, um Kinder aus dem Teufelskreis von Armut und Gewalt herauszuholen. Wir müssen uns überlegen, was es uns wert ist, unsere Kinder zu schützen und ihnen eine lebenswerte Zukunft zu geben. Dazu ist eine konzertierte Aktion aller im Stadtrat vertretenen Parteien, der Kinderschutzvereine und der Sozialverbände nötig.

Zeichen und Wunder (Sozial- und Gesundheitsausschuss, Juli 2008)

Der Antrag unserer Stadträte „Erstellung eines Armuts- und Reichtumsberichts“ wurde von der Verwaltung abgelehnt. Nun hat die CSU wundersamerweise gesagt, sie könnte sich so einen Bericht in Zusammenarbeit mit der Universi-

tät vorstellen. Warum nicht gleich so? Ja, klar! Damit die CSU sich hinterher rühmen kann, sie habe das Thema erfunden, und ein Zeitungsbild mit Uni-Präsident und OB gibt es obendrein.

Anspruch auf kostenloses Sparkassen-Girokonto (August 2008)

Anlässlich einer Anfrage der *erlanger linke* gab es die Zusage der Sparkasse Erlangen, dass jeder Bürger und jede Bürgerin Anspruch auf ein kostenloses Guthaben-Girokonto (bei regelmäßigen Geldeingängen) hat. Zudem versicherte das Geldinstitut, dass es keine Kredite oder Hypotheken an „Finanzinvestoren“ verkauft.

Kein Geld für Bedürftige (Stadtratssitzung, Oktober 2008)

In zwei Anträgen forderte die *erlanger linke*: 1. Bedürftige Kinder und Jugendliche sollen ein kostenloses Nahverkehrsticket (Bus und Bahn) erhalten. 2. Die Schulbeihilfe (ein Kostenzuschuss zur Anschaffung von Schulmaterialien für Hartz IV-

Empfänger) soll erhöht werden. Die Stadtverwaltung empfahl dem Stadtrat, diese Anträge abzulehnen.

Die Erhöhung der Schulbeihilfe wurde abgelehnt, weil sich der Bedarf angeblich nicht verändert habe. Hat Sozialamtsleiter Herr Otto Vierheilig noch nichts von Inflation gehört? Gerade im Hinblick auf die Preissteigerungen im letzten und in diesem Jahr reichen 30 Euro für Schulbedarf niemals aus! Selbst auf Bundesebene werden mittlerweile 100 Euro dafür angesetzt.

Mehr Demokratie wagen

(November 2008)

Im Zusammenhang mit der Änderung der Geschäftsordnung wurde der Antrag unserer Stadträte behandelt, das Abstimmungsverhalten der Stadträte zu veröffentlichen. Sie können sich sicher vorstellen, wie das Ergebnis war. Mit dem Hinweis auf den Datenschutz wurde unser Antrag abgelehnt. Dürfen die BürgerInnen nicht wissen wie Herr Stadtrat X oder Frau Stadträtin Y abgestimmt haben? Sind diese Daten schützenswert? Die *erlanger linke* sagt: Nein! Wer

VolksvertreterIn sein will, darf sein politisches Verhalten nicht vor dem Volk verstecken!

Das Wissen um das Abstimmungsverhalten der Stadträte und Stadträtinnen ist die Grundlage für Wahlentscheidungen der Bürger und Bürgerinnen. Das ist gelebte Demokratie! Auf Bundes- und Landesebene kann man sich bereits über das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten informieren. Haben die Mehrheits-StadträtInnen von CSU, FDP und FW etwas vor der Öffentlichkeit zu verbergen?

Die Erlanger Nachrichten (EN) schreiben dazu:

“Gehören die Ergebnisse namentlicher Abstimmungen des Stadtrates in das weltweite Internet? Sollen sie in diesem Medium veröffentlicht werden? Frank Heinze, der Stadtrat der Linken, bejaht die Frage. Sonst sei eine effektive Kontrolle der Abgeordneten kaum möglich. Die Praxis sieht bisher anders aus. Die Rechtsreferentin der Stadt begründet dies mit den Anforderungen des Datenschutzes. Frank Heinze, der Stadtrat der Linken, schüttelte nur noch den Kopf. Was er im Stadtrat gehört hatte, wollte er nicht glauben: «Das zeigt doch die Panik, die Sie davor haben,



dass die Leute merken, wofür Sie wirklich stehen», schimpfte er und provozierte seine Kollegen weiter: «Ich», betonte Heinze, «habe keine Angst vor dem Wähler». Dass namentliche Abstimmungen, - also Entscheidungen, bei denen es um brisante Fragen geht - nicht über das Internet veröffentlicht werden, hatte Heinze so erzürnt. Seine Frage lautet: Wie soll der Bürger denn wissen, welchen Politiker er wählen soll, wenn er gar nicht erfährt, wie der einzelne Politiker bei entscheidenden Punkten abstimmt?“

Erfolg für „Kinderpass für arme Kinder“ (Bürgerversammlung Gesamtstadt, 22. November 2008)

Der Antrag auf einen Kinderpass

für arme Kinder und Jugendliche in Erlangen, mit dem die *erlanger linke* in den Kommunalwahlkampf gezogen ist, wurde im Stadtrat abgelehnt. Sarah Plack, die neue Kreisverbandsvorsitzende der Partei Die Linke, stellte den Antrag erneut in der Bürgerversammlung Gesamtstadt und konnte die Mehrheit der anwesenden BürgerInnen überzeugen. Trotz dubioser Auszählungstricks des Oberbürgermeisters (er „sah“ bei einem Rundblick im Saal erst mal „keine Mehrheit für den Antrag“) ergab sich eine deutliche Mehrheit für unseren Antrag (bei der mit lautstarken juristischen Argumenten geforderten Nachzählung). Ein schöner Erfolg für die *erlanger linke*!

Die Erlanger Nachrichten (EN) schreiben dazu:

„Nicht weiterverfolgen will das Sozialreferat der Stadt die Idee, auch in Erlangen einen Kinderpass mit Vergünstigungen (Bäder, Museen, ÖPNV) für bedürftigen Nachwuchs auszugeben. Der Leiter des Sozialamtes, Otto Vierheilig, sähe «erhebliche Kosten» auf die Stadt zukommen - statt kurzfristig Not zu lindern investiere die Stadt lieber in Bildung, um diese Not langfristig abzustellen. Der Armutskreislauf, in dem Zukunft durch Herkunft bestimmt werde, müsse durchbrochen werden. Kuriosum am Rande: Obwohl ein fast wortgleicher Antrag der Linken vor einigen Tagen im Sozialausschuss des Stadtrates abgelehnt worden war, «erzwang» die Bürgerversammlung die erneute Behandlung des Antrags bei einer Abstimmung durch eine deutliche Stimmenmehrheit. Vorher hatte der OB schon abgewinkt, im Glauben, der Antrag finde keine Zustimmung. Ein Irrtum.“

Dauerbrenner Stadtumlandbahn
(Umwelt-, Verkehrs- und Planungsausschuss, Januar 2009)

Ein Dringlichkeitsantrag unserer Stadträte zur Bildung eines Arbeitskreises zur schnellstmöglichen Realisierung der Stadtumlandbahn wurde ohne inhaltliche Diskussion

formal abgelehnt – wegen angeblich fehlender Dringlichkeit. Der Antrag bleibt zwar noch gültig, die Stadträte haben aber keinen Einfluss mehr darauf, wann er bearbeitet wird und können sich deshalb auch nicht auf die Diskussion vorbereiten. Genau das ist beabsichtigt: Die CSU/FDP-Mehrheit möchte keine Diskussion über dieses Thema und schon gar nicht im Stadtrat. Wir bleiben aber am Ball: Wenn das neue Gutachten da ist, werden wir unseren Antrag nochmals anmahnen, notfalls auch dringlich. Es ist wichtig, dieses Thema weiterhin im öffentlichen Bewusstsein wach zu halten. Es darf nicht so bleiben, dass bei der Stadtplanung nur berücksichtigt wird, wer Auto fährt! Gibt es nicht schon genug Warnungen: Abschmelzen der Gletscher, Ölpreisschock, Erdgaskrieg, täglicher Stau auf den großen Straßen?

Ombudsstelle für Hartz IV-Empfänger nötig (Februar 2009)

Bereits im November 2008 stellte die *erlanger linke* einen Antrag, auf Einrichtung einer ehrenamtlichen Ombudsstelle für ALGII-Empfänger. Betroffene sollten sich außer vom Sozialamt noch von einer unabhängigen Stelle beraten lassen

Die linke Rathauszeitung

können. Die Stelle sollte mit einem Budget von 3000 Euro ausgestattet werden. Erwartungsgemäß wurde der Antrag von der CSU/FDP-Mehrheit abgelehnt. Dass die Stelle nötig ist, darüber waren sich die Oppositionsparteien im Rathaus in seltener Eintracht einig und auch die Presse berichtete am 07.02.2009 positiv über diese Initiative der linken Stadträte:

„Beauftragte für Kinder gibt es in Erlangen, ebenso wie Patientenfürsprecher in der Klinik. Nun wollte die Erlanger Linke einen ehrenamtlichen Vermittler zwischen den Kunden des Sozialamtes und dem Sozialamt installieren: Einen sogenannten Ombudsmann. Vergeblich: Die CSU und die FDP haben dies mit ihrer Mehrheit im Stadtrat verhindert. Die Erlanger Linke hatte den Antrag eingebracht, eine

ehrenamtliche Mediatoren-Stelle einzurichten, die mit einem Jahresbudget von 3000 Euro ausgestattet ist. Im Sozialausschuss war die Initiative abgelehnt worden, die Stadtratsmehrheit hat das ablehnende Votum bestätigt. Dass eine solche Stelle nötig sei, steht für Eckart Wangerin (Linke) außer Frage. Bei ihm würden viele vorsprechen, die sich über die Behandlung des Sozialamtes beklagten. Der Spielraum, den das Sozialamt habe, werde «recht häufig» – so sein Eindruck – nicht zugunsten der Klienten ausgelegt. In solch heiklen Situationen könnte ein Ombudsmann als neutrale Person vermitteln. Wangerin betonte, dass sein Antrag nicht bedeute, dass die Mitarbeiter des Sozialamtes schlechte Arbeit leisteten. Genauso wie er Schwächen dort sehe, sei ihm auch klar, dass die Darstellungen etlicher Leute, die sich beschwerten, nicht realitätsdeckend seien.

Die SPD, die in vergangenen Jahren – vergeblich – einen Mediator gefordert hatte, unterstützte den Antrag der Linken. «Es gibt auch einen Patientenfürsprecher», sagte Helga Steeger: «Der ist vor kurzem für



Die linke Rathauszeitung

seine Arbeit sogar ausgezeichnet worden.» «Nicht nötig», meinte Peter Ruthe. In Erlangen gebe es keinen Bedarf. Barbara Grille, Sozialexpertin der CSU, lehnte eine Ombudsstelle ebenfalls ab. Mit 21 gegen 26 Stimmen fiel der Antrag durch. Dass man die Anliegen sozial Schwacher ernst nimmt, zeigt das nicht gerade. Geholfen hätte

die Stelle auf jeden Fall: Hätte sich der Bedarf bestätigt, hätten Klienten und Sozialamt gemeinsam profitiert. Und wäre das Ergebnis gewesen: Eine Ombudsstelle ist überflüssig, weil sie kaum in Anspruch genommen wird, hätte das die Meinung weiter untermauert, wie gut das Sozialamt arbeitet. So ist eine gute Chance vertan. Die 3000 Euro wären gut angelegt gewesen.

Unser kleiner, nicht ganz vollständiger Jahresrückblick zeigt Ihnen, dass selbst zwei Stadträte eine Menge erreichen können. Auch für 2009 gibt es noch viele Themen zu beackern. Die Anregungen aller Erlangerinnen und Erlanger nehmen wir dabei gerne auf. Sie können uns eine E-Mail schicken, oder uns anrufen oder aber auch zu unseren Bürozeiten persönlich bei uns vorbeikommen. Wir haben jederzeit ein offenes Ohr für Sie!

Über alle aktuellen Vorgänge im Stadtrat informiert Sie unser Stadtrat Frank Heinze in seinem Weblog unter: www.erlanger-linke-stadtrat.de

So erreichen Sie uns:

Stadtratsgruppe erlanger linke
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen, Zimmer 127

Bürozeiten:

Mo.: 15.00 - 18.00 Uhr

Di.-Do.: 10.00 -13.00 Uhr

Fr.: 10.00 - 12.00 Uhr

Tel.: 09131/86-1789

Fax: 09131/86-1791

E-Mail: erlanger-linke@stadt.erlangen.de

www.erlanger-linke-stadtrat.de